Synopse zur Änderung der Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung (Einwohnerbeteiligungssatzung) im Amt Brück

Einwohnerbeteiligungssatzung vom 27.4.2009	Neufassung	Begründung/ Erläuterungen
<p>Aufgrund von § 13 Satz 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286) zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 23. September 2008 (GVBl. I S. 202) und § 3 der Hauptsatzung des Amtes Brück, die am 16. Februar 2009 beschlossen wurde, hat der Amtsausschuss des Amtes Brück in seiner Sitzung am 27. April 2009 folgende Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Einwohnerbeteiligung für das Amt Brück (Einwohnerbeteiligungssatzung – EbetS) beschlossen:</p>	<p>Gemäß § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) in der aktuell gültigen Fassung hat der Amtsausschuss des Amtes Brück in ihrer Sitzung am _____ folgende Einwohnerbeteiligungssatzung beschlossen:</p>	<p>Vereinfachte Präambel</p>
	<p>Inhaltsverzeichnis Erster Teil: Grundlagen § 1 Allgemein</p> <p>Zweiter Teil: Formen der Einwohnerbeteiligung § 2 Einwohnerfragestunde des Amtsausschusses und seiner Ausschüsse § 3 Einwohnerversammlung § 4 Einwohnerbefragung</p> <p>Dritter Teil: Schlussbestimmungen § 5 Funktionsbezeichnung § 6 Inkrafttreten, Außerkrafttreten</p>	<p>Inhaltsverzeichnis für eine bessere Übersicht</p>
	<p align="center">Erster Teil: Grundlagen</p>	<p>Entsprechend Inhaltsverzeichnis eingefügt</p>
<p align="center">§ 1 Allgemeines</p>	<p align="center">§ 1 Allgemein</p>	<p>Formulierung aus der Mustersatzung des</p>

<p>Für die in § 3 der Hauptsatzung des Amtes Brück, die am 16. Februar 2009 beschlossen wurde, aufgeführten Formen der Einwohnerbeteiligung werden folgende Einzelheiten bestimmt:</p>	<p>Für die in § 3 der Hauptsatzung des Amtes Brück in der derzeit gültigen Fassung aufgeführten Formen der Einwohnerbeteiligung werden folgende Einzelheiten bestimmt:</p>	<p>Städte- und Gemeindebundes übernommen</p>
	<p>Zweiter Teil: Formen der Einwohnerbeteiligung</p>	<p>Entsprechend Inhaltsverzeichnis eingefügt</p>
<p style="text-align: center;">§ 2 Einwohnerfragestunde des Amtsausschusses</p> <p>In öffentlichen Sitzungen des Amtsausschusses sind alle Personen, die in den Gemeinden des Amtes Brück ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Amtsangelegenheiten an den Amtsausschuss oder den Hauptverwaltungsbeamten zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde). Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten. Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldung sollen drei Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Einwohnerfragestunde des Amtsausschusses und seiner Ausschüsse</p> <p>(1) In öffentlichen Sitzungen des Amtsausschusses und seiner Ausschüsse sind alle Personen, die in den Gemeinden des Amtes Brück ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben (Einwohner), berechtigt, kurze mündliche Fragen zu Beratungsgegenständen dieser Sitzung oder anderen Amtsangelegenheiten an den Amtsausschuss oder den Hauptverwaltungsbeamten zu stellen sowie Vorschläge oder Anregungen zu unterbreiten (Einwohnerfragestunde).</p> <p>(2) Die Einwohnerfragestunde soll 30 Minuten nicht überschreiten.</p> <p>(3) Jeder Einwohner kann sich im Regelfall zu bis zu drei unterschiedlichen Themen zu Wort melden. Die Wortmeldungen sollen drei Minuten nicht überschreiten. Kann eine Frage nicht in der Sitzung mündlich beantwortet werden, ist eine schriftliche Antwort zugelassen.</p>	<p>Erweiterung um die Ausschüsse</p> <p>Absatz 1: Erweiterung um Ausschüsse</p> <p>Bildung von Absätzen</p>

<p style="text-align: center;">§ 3 Einwohnerversammlung</p> <p>(1) Wichtige Angelegenheiten des Amtes sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der amtsangehörigen Gemeinden durchgeführt werden.</p> <p>(2) Der Hauptverwaltungsbeamte beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung von Ort, Zeit und Tagesordnung der Einwohnerversammlung entsprechend den Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzung des Amtsausschusses. Der Hauptverwaltungsbeamte oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Hauptverwaltungsbeamten und dem Amtsausschuss zuzuleiten.</p> <p>(3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Angelegenheit des Amtes bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren. Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens fünf von Hundert</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Einwohnerversammlung</p> <p>(1) Wichtige Angelegenheiten des Amtes sollen mit den Einwohnern erörtert werden. Zu diesem Zweck können Einwohnerversammlungen für das Gebiet und Teile des Gebietes der amtsangehörigen Gemeinden durchgeführt werden.</p> <p>(2) Der Hauptverwaltungsbeamte beruft unter Angabe der Tagesordnung und ggf. des Gebietes, auf das die Einwohnerversammlung begrenzt wird, die Einwohnerversammlung ein. Die Einberufung erfolgt entsprechend der Vorschriften für die Bekanntmachung der Sitzungen gemäß der Hauptsatzung in der aktuell gültigen Fassung. Der Hauptverwaltungsbeamte oder eine von diesem beauftragte Person leitet die Einwohnerversammlung. Alle Personen, die in der Stadt oder Gemeinde bzw. in dem begrenzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, haben in der Einwohnerversammlung Rede- und Stimmrecht. Über die Einwohnerversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist vom Sitzungsleiter zu unterzeichnen und dem Hauptverwaltungsbeamten und dem Amtsausschuss zuzuleiten.</p> <p>(3) Die Einwohnerschaft kann beantragen, dass eine Einwohnerversammlung durchgeführt wird. Der Antrag muss schriftlich eingereicht werden und die zu erörternde Amtsangelegenheit bezeichnen. Der Antrag darf nur Angelegenheiten angeben, die innerhalb der letzten zwölf Monate nicht bereits Gegenstand einer Einwohnerversammlung waren.</p>	<p>Formulierung aus der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes übernommen</p>
--	--	---

<p>der Einwohner der Stadt unterschrieben sein.</p>	<p>Antragsberechtigt sind alle Einwohner. Der Antrag muss von mindestens fünf vom Hundert der Einwohner der Stadt oder Gemeinde unterschrieben sein.</p>	
	<p style="text-align: center;">§ 4 Einwohnerbefragung</p> <p>(1) Der Amtsausschuss kann in wichtigen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft eine Befragung der Einwohner des gesamten Amtsgebietes beschließen.</p> <p>(2) Teilnahmeberechtigt sind, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, alle Einwohner des Amtes Brück, die am Befragungstag oder am letzten Tag des Befragungszeitraums das 16. Lebensjahr vollendet haben.</p> <p>(3) Die Fragen sind so zu stellen, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden können. Zulässig ist auch die Auswahl zwischen unterschiedlichen vorzugebenden Varianten.</p> <p>(4) Die konkrete Fragestellung, Zeit und Ort sowie das nähere Verfahren der Befragung werden durch den Amtsausschuss jeweils durch gesonderten Beschluss (Durchführungsbeschluss) bestimmt und in der in § 9 der Hauptsatzung des Amtes Brück bestimmten Form öffentlich bekannt gemacht. Im Übrigen gelten die Vorschriften des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes und der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung in der jeweils aktuellen Fassung entsprechend, soweit nicht diese Satzung oder der Durch-</p>	<p>Entsprechend der Gesetzesänderung neu eingefügt, siehe Rundschreiben 144/2018 des Städte- und Gemeindebundes</p>

	<p>führungsbeschluss ausdrücklich abweichende Regelungen festlegen.</p> <p>(5) Die Leitung der Vorbereitung und Durchführung der Befragung sowie die Feststellung und öffentliche Bekanntgabe des Ergebnisses obliegt dem Wahlleiter.</p>	
	Dritter Teil: Schlussbestimmungen	Entsprechend Inhaltsverzeichnis eingefügt
	<p style="text-align: center;">§ 5 Funktionsbezeichnung</p> <p>Die in dieser Satzung verwendeten Funktionsbezeichnungen werden in weiblicher, männlicher oder diverser Form ausgeführt.</p>	Für die bessere Lesbarkeit der gesamten Satzung eingefügt
<p style="text-align: center;">§ 4 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Inkrafttreten, Außerkräftreten</p> <p>(1) Diese Einwohnerbeteiligungssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Einwohnerbeteiligungssatzung, die durch den Amtsausschuss am 27. April 2009 beschlossen wurde, außer Kraft.</p> <p>(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Einwohnerbeteiligungssatzung nichtig oder unwirksam sein, soll dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berühren.</p>	<p>Anpassung der Paragraphenfolge aufgrund der neuen Paragraphen 4 und 5</p> <p>Absatz 1: Formulierung aus der Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes übernommen</p> <p>Absatz 2: Wirksamkeitsregelung</p>

<p>Brück , den 03.06.2009</p> <p>Christian Großmann Amtsdirektor als Hauptverwaltungsbeamten</p>	<p>Brück, den</p> <p>Marko Köhler Amtsdirektor</p>	<p>Namentliche Anpassung des Amtsdirektors; Funktionsbezeichnung nicht notwendig</p>
<p>Bekanntmachungsanordnung</p> <p>Die vorstehende, in der Sitzung des Amtsausschusses am 27. April 2009 beschlossene, Einwohnerbeteiligungssatzung wird durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes im amtlichen Bekanntmachungsblatt dem „Amtsblatt für die Stadt Belzig, die Gemeinde Wiesenburg/Mark, das Amt Brück und das Amt Niemeck – Flämingbote“ bekannt gemacht.</p>	<p>Bekanntmachungsanordnung</p> <p>Die vorstehende, in der Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Brück am _____ beschlossene Einwohnerbeteiligungssatzung des Amtes Brück wird durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Brück, dem „Amtsblatt für die Gemeinde Wiesenburg/Mark, das Amt Brück und das Amt Niemeck – Flämingbote“ öffentlich bekannt gemacht.</p>	<p>Anpassung der genauen Bezeichnung des Amtsausschusses und der Einwohnerbeteiligungssatzung</p> <p>Korrekte Bezeichnung Amtsblatt</p>
<p>Brück, den 3.6.09</p> <p>Großmann Amtsdirektor als Hauptverwaltungsbeamter</p>	<p>Brück, den</p> <p>Köhler Amtsdirektor</p>	<p>Namentliche Anpassung des Amtsdirektors</p>
<p>Die Einwohnerbeteiligungssatzung wurde am 19.06.2009 durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes im amtlichen Bekanntmachungsblatt dem „Amtsblatt für die Stadt Belzig, die Gemeinde Wiesenburg/Mark, das Amt Brück und das Amt Niemeck – Flämingbote“ bekannt gemacht.</p>	<p>Veröffentlichungsvermerk</p> <p>Die Einwohnerbeteiligungssatzung des Amtes Brück wurde am _____ durch Veröffentlichung des vollen Wortlautes im amtlichen Bekanntmachungsblatt des Amtes Brück, dem „Amtsblatt für die Gemeinde Wiesenburg/Mark, das Amt Brück und das Amt Niemeck – Flämingbote“ öffentlich bekannt gemacht.</p>	<p>Überschrift eingefügt</p> <p>Anpassung der genauen Bezeichnung der Einwohnerbeteiligungssatzung</p> <p>Korrekte Bezeichnung</p>

		Amtsblatt
	Brück, den Köhler Amtdirektor	